

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 3

64. Jahrgang

Juli/August/September 2024

Erfolgreicher GfP-Kongreß

Der diesjährige GfP-Kongreß fand abermals im Herzen Deutschlands statt. Bei hochsommerlichen Temperaturen fanden sich zahlreiche Gäste aus nah und fern ein, um den Vorträgen der Referenten zu lauschen. Die Tagung, die diesmal unter dem Generalthema »Das rechte Weltbild: Freiheit – Identität – Selbstbehauptung« stand, begann am Freitagabend mit der Mitgliederversammlung. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden und dem Kassenbericht des Schatzmeisters stand die Neuwahl des Vorstandes an. Hierbei wurde auf Kontinuität gesetzt und der alte Vorstand auch als neuer bestätigt. Lediglich auf Grund des Ausscheidens zweier Beisitzer durch Tod bzw. fortgesetztes Desinteresses gab es Nachbesetzungen. Dies waren der langjährige GfP-Vorsitzende Dr. Gert Sudholt sowie Reinhild Schützinger, die Witwe von Jürgen Schützinger.

Gedanken zum »nationalen Denken«

Der Vortragsreigen startete am Samstagvormittag, und zwar mit dem Referat von Rechtsanwalt **KLAUS KUNZE**. Es trug – stark angelehnt an das Generalthema – den Titel »Freiheit, Identität und Selbstbehauptung als Selbstverständnis nationalen Denkens«. Dabei ging Kunze vor allem auf die »proto-rechte Denkstruktur und das rechte Weltbild« ein. Wörtlich sagte der Vortragende:

»Rechtes Denken beruht auf einer Denkstruktur mit rational nachvollziehbaren Merkmalen. Diese führen aber nicht zwangsläufig zu rechten Denkinhalten. Rechte Denkinhalte wachsen originär aus Gefühlswerten wie der Liebe oder dem Selbsterhaltungstrieb. Die aus diesen Gefühlen naheliegende Vaterlandsliebe beispielsweise ist also ein Denkinhalt, den nicht jeder teilen muß, selbst wenn er von der Denkstruktur alle Voraussetzungen rechten Denkens mitbringt.«

Kritisch äußerte sich der Jurist, dessen philosophische Ausführungen einigen Teilnehmern zu abstrakt und viel zu akademisch und anspruchsvoll waren, zu den »Nationalkonservativen«. Dazu führte er aus:

»Konservative möchten das Gegenwärtige bewahren. Etwas Zerstörtes zu restaurieren, ist nicht mehr konservativ, sondern restaurativ oder reaktionär. Rechtes



KLAUS KUNZE

Denken ist niemals darauf angelegt, das gegenwärtig zufällig Vorhandene zu konservieren. Wenn heute Liberalkonservative die Reste liberaler Staatlichkeit konservieren wollen, sind sie nicht rechts. Sie sind Liberale mit ganz eigenem Weltbild. Es beruht auf der Grundidee, wenn man alle Individuen weitestmöglich machen lasse, was immer sie wollen, entstehe quasi aus der Quersumme aller Einzelegoismen wie von unsichtbarer Hand das Gemeinwohl. Ganz ähnlich entstehe, was alle als Quasi-Wahrheit akzeptieren könnten, aus einem herrschaftsfreien Diskurs aller. Beide Denkfiguren, die wirtschaftsliberale Theorie von der unsichtbaren Hand, und die Diskurstheorie, beruhen auf metaphysischem Glauben an Bewegkräfte jenseits menschlichen Verständnisses, die man nur walten lassen müsse, um uns zu Glück und Wohlstand zu führen.«

Daraus leitete Klaus Kunzes die grundsätzliche Schlußfolgerung ab:

»Ein Rechter benötigt bei allem Individualismus ganz bewußt die Nähe seiner Familie und die Existenz seines Volkes und seiner Nation, denn nur diese gewährleistet ihm die dauerhafte Sicherung seiner Identität.«

Napoleon und die Deutschen

Nach dieser schweren intellektuellen Kost folgte ein historisches Referat. Der promovierte Historiker vom Niederrhein, **MARIO KANDIL**, der GFP-Mitgliedern kein Unbekannter ist, sprach zum Thema »Napoleon I. und die Deutschen«. Dabei zeigte er die damals schon bestehende xenophile Haltung vieler Deutschen in bezug auf fremde Potentaten auf, aber auch quasi die Schubumkehr, die später durch die Figur Napoleon als Motor für das neu entstehende Selbstbewußtsein der Deutschen äußerst förderlich sein sollte. Der Referent führte in seinen einleitenden Worten aus:

»Die meisten deutschen Intellektuellen waren zu Beginn begeistert von Napoleon Bonaparte. Als er Deutschland beherrschte, kollaborierten nicht bloß weite Teile des deutschen Bürgertums mit dem scheinbar Unbesiegbaren, sondern auch deutsche Fürsten waren willige Vasallen des »Weltgeistes zu Pferde«. So nannte der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel ehrfurchtsvoll Napoleon. Als der Kaiser der Franzosen (seit 2. Dezember 1804) die deutsche Staatenwelt ganz im Sinne Frankreichs »ordnete« und dabei auch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerstörte (6. August 1806), begrüßten viele Deutsche ihn wie einen Befreier. Sie erkannten erst spät, mit welchem Zwingherrn sie es hier zu tun hatten. Seine Herrschaft wurde dann allerdings zu einem Kristallisationspunkt für die Entstehung eines deutschen Nationalbewußtseins. Voll-

kommen ungewollt wurde Napoleon hierdurch ›zum größten Reformator der Deutschen – nach Luther und vor Bismarck‹.«

Turbo für nationale Einigung

Kandil zeigte sodann das langsame Sterben des alten Reiches zur Zeit der napoleonischen Herrschaft anschaulich auf. Schlußpunkt dieser tragischen Entwicklung war schließlich die Niederlegung der Reichskrone durch Kaiser Franz II. auf Druck Napoleons am 6. August 1806. Zu dieser Folge war es im Zuge der Gründung des Rheinbunds (12. Juli 1806) gekommen, in dem der Franzosenkaiser das »Dritte Deutschland« – Deutschland ohne Österreich und Preußen – unter seinem Protektorat aus dem Reichsverband herausgelöst hatte.

Erst sechs Jahre später erfolgte schließlich der Umschwung. Ganz nach Hölderlins bekanntem Spruch »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch« bedeutete Napoleons Scheitern in Rußland den Beginn einer neuen Ära für die Deutschen, wie Kandil ausführte:

»Napoleon schien unbesiegbar. Doch dann kam es 1812 beim Rußlandfeldzug zum Untergang seiner ›Grande Armée‹, einer Vielvölkerarmee, in welcher die Deutschen in der Mehrheit waren. Dies war das Fanal zur Erhebung der deutschen Nation gegen die Fremdherrschaft Frankreichs, das sich bereits mit seinem Einmarsch in Spanien 1808 übernommen und so den Anfang vom Ende eingeleitet hatte. Nach der Konvention von Taugoggen (30. Dezember 1812) besaß außer in Memel, in Tilsit und in Königsberg wohl noch niemand in Deutschland Kenntnis von dem, was sich in Taugoggen ereignet hatte. Einer allerdings erahnte mit seinem angeborenen Instinkt die große Wende, die nun kommen sollte: der bereits 70jährige General Gebhard Leberecht von Blücher. Schon seit langer Zeit war er in Wort, in Schrift und in Tat vehement für die Befreiung Deutschlands von der Franzosenherrschaft eingetreten.«



MARIO KANDIL

Der Vortragende schloß mit einem Blick in die Gegenwart und zog Parallelen von Napoleons Politik gegenüber Deutschland bis zum Agieren der Élysée-Palast-Herrscher der letzten 75 Jahre, wenn er sagte:

»Die deutsche Teilung – in Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR) – ließ die Franzosen laut frohlocken: Bedeutete sie doch erneut genau jene territoriale Zerrissenheit Deutschlands in der Mitte Europas, die die Franzosen so lange Zeit für ihre Interessen zu nutzen verstanden hatten! Hieran änderte auch die durch den Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 in Stein gemeißelte deutsch-französische ›Freundschaft‹ bis zum heutigen Tage nichts. Gleichgültig, ob François Mitterrand erst gegen deutsche Preisgabe der D-Mark der kleinen ›Wiedervereinigung‹ von 1990 zustimmte, ob Mari-

ne Le Pen 2014 als Vorsitzende des ‚Rassemblement National‘ (RN) gegen die ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) wettet und sich von dieser distanziert: Bis zum heutigen Tag ist die mitunter offene, meist aber verborgene antideutsche Frontstellung Frankreichs und der meisten seiner Hauptrepräsentanten eine Konstante der deutsch-französischen Beziehungen und wird es gewiß auch bleiben.«

Der im Programm angekündigte Vortrag von **UDO VOIGT** mußte aufgrund familiärer Verpflichtungen des einstigen EU-Abgeordneten leider entfallen. Statt dessen wurde ein Manuskript verlesen.

Eckpfeiler patriotischen Denkens

Das letzte Referat des Tages weckte zahlreiche Emotionen – nicht zuletzt wegen des lebhaft und frei gehaltenen Vortrags, den der Münchner Publizist **KARL RICHTER** hielt. Mit dem Thema »Rechts sein – Entscheidung fürs Leben« präsentierte der einstige parlamentarische Referent im Europäischen Parlament die Eckpfeiler patriotischen Denkens und eines nationalen Selbstverständnisses. Richter schilderte dabei seinen Werdegang und die eigene Politisierung. In diesem Zusammenhang betonte er, daß weniger fremde intellektuelle Überzeugungskraft vonnöten gewesen sei, sondern vielmehr das selbst Erlebte sowie das eigene Bauchgefühl, das einem sage, was natürlich und richtig sei. Seine mit viel Empathie vorgetragenen Worte fanden im Publikum großen Widerhall. Ein Beispiel:



KARL RICHTER

»Rechts steht für essentielle, grundsätzliche Werte, für essentielle Konstanten des Zusammenlebens, ja des Lebens überhaupt: Ordnung, Hierarchie, Familie, um die wichtigsten zu nennen. Die Zentraldisziplin alles Lebendigen, die Biologie, lehrt in myriadenfacher Variation, daß es dazu – zumindest unter höheren Organismen jenseits des Niveaus von Plattwürmern – keine Alternative gibt. Linke lassen sich durch diese Erkenntnis allerdings nicht beirren und stellen Generation auf Generation erneut die in Jahrmillionen bewährten Gesetze des Lebendigen in Frage. Man kann darin getrost ein Krankheitssyndrom sehen.«

Nach dem Abendessen klang der Tag mit Gesprächen und Liedern, die von jungen Teilnehmern dargebracht wurden, harmonisch aus. Dieser Abend bewies abermals, daß es innerhalb der nationalen Gesinnungsgemeinschaft keinen Generationenkonflikt gibt, wie es Systemmedien in bezug auf die Deutschen in der BRD gern suggerieren.

Der Ablauf des 20. Juli 1944

Der Sonntag begann mit dem Referat von Dr. **GERT SUDHOLT**. Da der Vortragende wegen einer Beinverletzung nicht persönlich anwesend sein konnte, verlas der Vorsitzende dessen Manuskript. Der Titel des Vortrags war wegen der 80jährigen Wiederkehr des Stauffenberg-Attentats mit »Der 20. Juli 1944: Helden – Dilettanten oder Handlanger der Alliierten?« überschrieben. Dabei beschränkt sich der Autor auf die reine Schilderung des Ablaufs des Attentats und verzichtete auf eine Darlegung der Motive der Männer des 20. Juli. Damit fehlte nicht nur die persönliche Würdigung der Beweggründe der Tat, sondern auch eine Gegenüberstellung der noch in den 1950er Jahren heißdiskutierten Argumente pro und contra »Eidbruch« bzw. »Tyrannenmord«.

Ex-NVA-General als Huttenpreis-Träger

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Verleihung der Ulrich-von-Hutten-Medaille. In diesem Jahr wurde der Publizist und ehemalige Generalmajor der Nationalen Volksarmee **BERND SCHWIPPER** mit der höchsten Auszeichnung der GfP bedacht. Der Text der Laudatio auf den Preisträger kam von keinem Geringeren als dem pensionierten Generalmajor der Bundeswehr **GERD SCHULTZE-RHONHOF**. Darin betonte dieser die bedeutenden Erkenntnisse Schwippers, die dieser in bezug auf die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Krieges bei seinen Rechercharbeiten in Moskauer Archiven erlangte. Kernthese des früheren NVA-Generals ist die, daß dem Angriff der Deutschen Wehrmacht am 22. Juni 1941 monatelange Aufklärungsaktivitäten der deutschen Seite vorausgingen und die daraus erlangte Gewißheit, daß Stalin einen Angriff auf das Deutsche Reich vorbereitete.

Dabei handelte es sich jedoch nicht um vage Vermutungen oder Wahrscheinlichkeitsrechnungen oder vielleicht reine Wunschvorstellungen »ewiggestriger Rechter«, wie es die etablierten Gralshüter der BRD-Geschichtswissenschaft in diesem Zusammenhang gern zum Ausdruck bringen, sondern um knallharte Fakten, die keine anderen Schlüsse zulassen! Man fühlt sich hierbei unwillkürlich an das bekannte Wort Leopold Rankes erinnert, der es als die vornehmste Aufgabe der Historiker angesehen hat, das Geschehene darzustellen so, »wie es eigentlich gewesen ist«. Nicht umsonst sind in Schwippers drei Büchern zum Fall Barbarossa seitenweise Kopien aus sowjetischen Archiven abgedruckt, die keinen anderen Schluß zulassen, als daß die deutsche Seite genaustens im Bilde über die Aktivitäten des östlichen Nachbarn war und schließlich mit einem Präventivschlag Abhilfe schaffen wollte. Schwipper geht es dabei keineswegs um – wie es die gegnerische Seite gern behauptet – um »Relativierung der verbrecherischen NS-Politik im Osten«, sondern um schlichte Darstellung von Tatsachen, die aus dem eingesehenen Quellenmaterial zwangsläufig hervorgehen.



BERND SCHWIPPER

GfP-Vorsitzender
Dr. Martin Pfeiffer
überreicht dem
diesjährigen
Preisträger Bernd
Schwipper die
Urkunde.



Von DDR und BRD desillusioniert

Nach der Überreichung der Urkunde und der Hutten-Medaille richtete der Preisträger seine Dankesworte an das Publikum. Der 1941 geborene Offizierssohn schilderte dabei auch seinen eigenen Werdegang als »Kind der DDR«, wobei er betonte, aufgrund familiärer Erfahrungen den Wunsch entwickelt zu haben, Soldat zu werden. Dies tat er dann auch mit dem Ziel, das sozialistische Vaterland vor Aggressoren zu schützen. Als schmerzhaft empfand er seine kommentarlose Außerdienststellung am Tag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990.

Eine weitere Zensur für ihn waren die Erkenntnisse seiner Recherchen in Moskauer Archiven, die sein bisheriges Weltbild zerstörten. Mittlerweile ist er in der BRD »angekommen«, und zwar als Patriot, der sowohl von der DDR-Zeit desillusioniert ist als auch von den Geschehnissen in der real existieren BRD.

Der GfP-Kongreß endete traditionell mit dem Absingen des Deutschlandliedes und dem Dank an die zahlreichen Akteure, die für die optimale Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der Tagung gesorgt haben. Eingeschlossen hierbei wurden natürlich auch die jungen Wirtsleute, die nicht nur ausreichend für Speis und Trank, sondern auch mit ihrer Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft für ein Wohlfühlklima bei den Gästen sorgten. ■

FPÖ mit knapp 29 % klar auf Platz 1

Aus der Nationalratswahl in Österreich ging die FPÖ als klarer Sieger hervor. Sie liegt mit einem Ergebnis von 28,8 % vor der ÖVP mit 26,3 % und der SPÖ mit 21,1 %. Die Freiheitlichen erreichten ihr bislang bestes Ergebnis. Seit der letzten Wahl vor fünf Jahren haben sich ihre Stimmen von rund 770.000 auf 1,4 Millionen fast verdoppelt. Auch die der FDP ähnlichen NEOS konnten zulegen und kamen auf 9,1%. Die SPÖ fuhr ihr bislang schlechtestes Ergebnis ein. Und die ÖVP schrieb das größte Minus ihrer Parteigeschichte. Zu einem Absturz kam es auch bei den Grünen. Sie landeten mit 8,2 % nur auf Rang 5. Die Freiheitlichen gewannen vor allem in Kärnten und der Steiermark, aber auch in Oberösterreich und dem Burgenland rangieren sie auf Platz 1. In 980 Gemeinden liegt die FPÖ vorn, in drei Gemeinden sogar mit mehr als 60 %, in 22 Gemeinden mit über 50 %.

Die Wählerstromanalyse zeigt: Der Stimmenzuwachs der FPÖ geht vor allem auf ehemalige ÖVP- und Nichtwähler zurück. Diese trugen stärker zum Wahlsieg bei als die Wähler, die sich bereits vor fünf Jahren für die FPÖ entschieden hatten. Die meisten Stimmen wanderten von der ÖVP zu den Freiheitlichen – mit über 440.000. Damit verlor die ÖVP ein Viertel ihrer Wähler an die Blauen. Aber auch unter Nichtwählern konnte die FPÖ stark mobilisieren. Hier gewann sie knapp 260.000 Stimmen. Unter allen Parteien waren das die beiden größten Bewegungen im Fünf-Jahres-Vergleich. Drei Viertel ihrer Wählerschaft konnte die FPÖ halten – mit knapp 590.000 Wählern. Stark zugelegt haben die Freiheitlichen nun auch bei den Frauen – deren Stimmen für die Blauen haben sich nahezu verdoppelt.

Im Stadt-Land-Vergleich kam es zu zwei sehr untypischen Ergebnissen: So verlor die ÖVP zahlreiche Stimmen im ländlichen Raum – und die Grünen fuhren starke Verluste in den Städten ein. Im Altersvergleich lag die FPÖ bei jüngeren Menschen bis 34 Jahren klar vorn, gefolgt von ÖVP, SPÖ und den NEOS. Die Grünen befinden sich auch bei den Jüngeren erst auf Platz 5. Ihr stärkstes Ergebnis erzielten die Freiheitlichen in der Gruppe der 35- bis 59jährigen. Die Systemparteien wurden übrigens – wie bei den Landtagswahlen in Brandenburg – vor allem von den über 60jährigen gewählt. Hier liegt die ÖVP klar auf Platz 1 – und auch die Sozialdemokraten konnten in dieser Altersgruppe ihren stärksten Zuspruch verzeichnen. Die Wahlbeteiligung war mit 77,7 % etwas höher als 2019 (75,6 %).

Die Freiheitlichen konnten ihre Mandatszahl von 31 auf 57 nahezu verdoppeln. Die ÖVP erhielt nur 51 Sitze und damit 20 weniger als bisher. Die SPÖ konnte trotz minimaler Verluste (minus 0,04 %) sogar ein Mandat dazugewinnen. Großer Verlierer sind die Grünen, die von ihren bislang 26 Mandaten zehn abgeben mußten. Neben der FPÖ hatten lediglich die linksliberalen NEOS Grund zur Freude – ihre Mandatszahl stieg um drei auf 18. Den Freiheitlichen gelang es jedoch nicht, die anvisierte Sperrminorität von einem Drittel der Nationalratssitze zu ergattern. In diesem Fall hätten sie Verfassungsgesetze, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, blockieren können.

Bei den österreichischen Nationalratswahlen am 29. September konnte die politische Rechte unter Herbert Kickl zur stärksten Kraft aufsteigen. Kickl: »Als Volkskanzler werde ich vom ersten Tag an alles tun, um den Österreichern ihre Freiheit zurückzugeben.«



FPÖ als »neue Volkspartei«

Die FPÖ hat übrigens in Gemeinden mit niedriger Impfbereitschaft besonders gut abgeschnitten. Im Durchschnitt erreichte sie dort 35 %, während es in Landgemeinden mit hoher Impfbereitschaft »nur« 31 % waren. Auch in Städten zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Neben Corona spielten bei den Wählern der FPÖ vor allem die Themen Migration und Machtwechsel eine zentrale Bedeutung. So gab jeder Dritte wegen der Themen Zuwanderung, Asyl sowie Kriminalität den Freiheitlichen seine Stimme und weil diese die »Partei für die Österreicher« seien. Der Meinungsforscher Peter Hajek hat die FPÖ angesichts ihres großen Erfolges quer durch die Berufs- und Altersgruppen als »neue Volkspartei« bezeichnet.

Eine kleine Überraschung hielt der Wahlabend auch für ORF-Systemjournalist Armin Wolf bereit. Wie dieser in der spätabendlichen Sendung ZIB2 erstaunt feststellte, wollte kein einziger Vertreter der FPÖ an seiner Sendung teilnehmen. Es sei noch nie vorgekommen, wunderte sich Wolf, daß kein Vertreter des Wahlsiegers in der ZIB auftreten wollte. Hingegen waren alle von Wolf genannten FPÖ-Politiker in der Live-Sendung des alternativen Senders AUF1 im Parlament zu Gast.

Trotz ihres klaren Wahlsieges als Nummer 1 will aber keine andere Partei mit der »Kickl-FPÖ« zusammenarbeiten. In Frage kommen nur ÖVP und SPÖ. Letztere lehnt ein Bündnis mit den Blauen kategorisch ab, während die Volkspartei sich lediglich an Obmann Herbert Kickl stößt. Doch auf den will niemand in der FPÖ verzichten, war er doch einer der Schlüssel zum großen Erfolg! Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik beauftragte der Bundespräsident nicht den Vorsitzenden der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung, sondern eierte herum, indem er zu Gesprächen unter den Parteien aufforderte. Letztlich wird es zum ersten Mal in Österreich wohl zu einer Dreierkoalition kommen, und zwar aus ÖVP, SPÖ und den NEOS. Theoretisch könnten auch nur ÖVP und SPÖ regieren, doch beide liegen zusammen nur eine Stimme über der absoluten Mehrheit. ■

Trusted Flagger – die digitale Stasi

Trusted Flagger, auf gut Deutsch ›vertrauenswürdige Hinweisgeber‹, sind angeblich unabhängige Organisationen, die von den nationalen Koordinierungsstellen der EU-Mitgliedsstaaten zugelassen werden, um potenziell rechtswidrige Inhalte auf großen Online-Plattformen wie Facebook, Instagram oder YouTube zu identifizieren und zu melden. So weit, so gut, doch das Konzept stößt in letzter auf heftige Kritik, geht es doch letztlich um Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. Stephan Brandner von der AfD spricht von »Netzdenunzianten«, FDP-Politiker Wolfgang Kubicki in der *Bildzeitung* von einer »grünen Zensuranstalt, die den Meinungskorridor einseitig einschränkt«. Er halte »die Beauftragung eines privaten Dritten, der über ein zentrales Element unserer freiheitlichen Demokratie richten soll, für unerträglich«.

Zuständig für die Zulassung von ›Trusted Flaggern‹ ist in Deutschland die vom vom Grünen-Politiker Klaus Müller geleitete Bundesnetzagentur, die am 1. Oktober 2024 als ersten ›Trusted Flagger‹ in Deutschland die Meldestelle ›REspect‹ anerkannte. Inzwischen meldete die Bundesnetzagentur, daß elf weitere Organisationen einen Antrag gestellt hätten, ebenfalls als ›Trusted Flagger‹ anerkannt zu werden. Nun stellte sich heraus, dass der Leiter der durch das Bundesfamilienministerium von Lisa Paus (Grüne) staatlich finanzierten Meldestelle ›REspect‹, die zur ›Jugendstiftung Baden-Württemberg‹ gehört, ein strenggäubiger muslimischer Islamwissenschaftler aus Ägypten namens Ahmed Haykel Gaafar ist. Damit ist Gaafar, der an fundamentalistische Islamuniversität in Kairo studiert hat, zum obersten Zensor Deutschlands avanciert.

Theoretisch soll die Sache wie folgt vonstaatlich gehen. Wenn Nutzer ›REspect‹ verdächtige Inhalte melden, prüft die Meldestelle diese und gibt potenziell strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt (BKA) weiter. Das BKA und eine spezialisierte Staatsanwaltschaft prüfen dann, ob ein Anfangsverdacht erfüllt wird. Nur wenn ein Verdacht besteht, meldet ›REspect‹ den Inhalt an die entsprechende Plattform, die dann über das weitere Vorgehen entscheidet. Dieses mehrstufige Verfahren soll angeblich sicherstellen, daß tatsächlich nur »problematische Inhalte« gemeldet werden. Groß ist in Wirklichkeit die Gefahr, daß **legale Inhalte** von den Online-Plattformen gelöscht oder einfach **unliebsame Postings** gemeldet werden.



Am 12. Oktober schrieb die engagierte Publizistin Birgit Kelle (Bild, links) auf dem Internetportal *nius.de*: »Oh, ja, unsere freiheitliche Demokratie ist in Gefahr! Allerdings nicht durch ›Haß und Hetze‹, unbequeme Fakten, Regierungskritik oder das verfassungsrechtlich abgesicherte Wahlverhalten der deutschen Bevölkerung, sondern durch eine Regierung, die gewillt ist, jeden ihrer Kritiker, jeden Andersdenkenden und auch jeden harmlosen Spinner mit immer neuen Instrumenten digital und damit im offenen Meinungsdiskurs kaltzustellen.« ■

Faesers *Compact*-Verbot vorläufig aufgehoben

Es war morgens um sechs Uhr, als der Schlag gegen das Grundgesetz begann. So jedenfalls würden Kritiker wohl nennen, was sich in aller Früh am 16. Juli in Falkensee bei Berlin zugetragen hat. Rund 50 vermummte Polizisten durchsuchten das Redaktionsgebäude des unabhängigen Magazins *Compact*. Bilder zeigten, wie quasi die gesamte Einrichtung mit einem Lastwagen abtransportiert wurde. Ebenfalls betroffen war das Studio von *Compact TV*, das Anwesen von *Compact*-Moderator André Poggenburg und offenbar Räume eines früheren Geschäftsführers in Sachsen-Anhalt. Ebenfalls durchsucht wurde die Wohnung eines Redakteurs in Sachsen. Bei Faesers geplantem Enthauptungsschlag gegen *Compact* kamen insgesamt 339 Polizeibeamte zum Einsatz.



Der Hintergrund des Schlages: Mindestens seit Mai hatten das Bundesinnenministerium und die Brandenburger Behörden im Geheimen ein Verbot des Medienunternehmens vorbereitet. Dafür erklärten sie die Compact Magazin GmbH, also die Firma, zu einem Verein, um dann ein Verbot nach dem Vereinsrecht auszusprechen. Ein in dieser Form wohl einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik! Untrennbar mit dieser Aktion verbunden sind eine geheime Anordnung des Polizeipräsidiums Brandenburg sowie ein Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt an der Oder. Daraus geht klar hervor, daß SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser das Medienunternehmen bereits am 5. Juni zum Verein erklärte und verboten hat. Und bereits am 12. Juni gab das Brandenburger Innenministerium die Anweisung zum Vollzug des Verbots. Jedoch erst am 2. Juli bestätigte das Gericht in Frankfurt die Maßnahme. Erkennbar ist daher, daß die Razzia am 16. Juli bewußt während der Sommerferien durchgeführt werden sollte. Mit dem Verbot durfte das *Compact*-Magazin und andere Produkte des Verlages zunächst nicht weiter produziert werden. Die durch das Grundgesetz geschützte journalistische Berichterstattung mußte bei Strafan drohung eingestellt werden.

Dämpfer für Faeser

Schon kurz nach Faesers autoritärer Antifa-Aktion erhob die internationale Menschenrechtsorganisation ›United for Freedom‹ schwere Vorwürfe gegen die Bundesinnenministerin. Die Politikerin habe mit dem Verbot des *Compact*-Magazins eine politische Agenda umgesetzt, sagte deren Vertreter Udo Leibmann gegenüber der Presse. Hintergrund ist Faesers Erklärung vom Februar, wonach künftig auch Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze verfolgt werden sollen. Wörtlich heißt es: »Dies scheint sie hiermit umgesetzt zu haben.« Ein solches Vorgehen verstoße jedoch gegen das Recht auf einen fairen Prozeß, welcher den unwiderlegbaren Beweis der Schuld fordert. Gleichzeitig, so Leibmann, »müssen diese Praktiken

auch als Bestrafung ohne strafbare Handlung gewertet werden«. Der Menschenrechtsaktivist bezweifelte jedoch, ob ein faires Verfahren in Deutschland gewährleistet werden könne. Bereits 2019 habe der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg die fehlende Unabhängigkeit der Justiz von der deutschen Politik aufgezeigt.

Doch da sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat bezeichnet, konnten die Macher von *Compact* Rechtsmittel gegen das Verbot einlegen, was sie auch taten. Und es zeigte sich, daß die Justiz in Form des in diesem Fall zuständigen Bundesverwaltungsgerichts doch unabhängig von der Politik agiert. Denn am 14. August setzte Deutschlands höchstes Verwaltungsgericht in Leipzig im Eilverfahren Faesers Verbot teilweise vorläufig außer Vollzug. Es zweifelte vor allem die Verhältnismäßigkeit des Verbots an. Mit seiner Eilentscheidung stellte das Gericht nach Erhebung der Klage deren aufschiebende Wirkung wieder her und ordnete die Herausgabe des beschlagnahmten Magazins samt Zubehör an, damit die Publikation wieder erscheinen konnte. Damit siegte *Compact*-Herausgeber Jürgen Elsässer zumindest vorläufig über die rote Innenministerin.

Endgültige Entscheidung im Sommer

Kurze Zeit später verkündete das Gericht, daß bereits im kommenden Sommer das Hauptsacheverfahren stattfinden werde, in dem über den Verbotsantrag vollinhaltlich und damit auch abschließend entschieden werde. Maßgeblich für das Urteil wird die Beantwortung der Frage sein, ob *Compact* eine »kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber elementaren Verfassungsgrundsätzen« einnehme, und zwar nicht selektiv in einzelnen Artikeln, sondern in der Form, daß sich dies wie ein roter Faden durch das Blatt zieht. Dazu gehört auch die systematische Verletzung der Menschenwürde von politischen Gegnern, etwa durch ständige Herabwürdigung und Beleidigung. Inwieweit das von Faesers Verfassungsschutz entwickelte Merkmal der »Delegitimierung des Staates« als Maßstab herangezogen wird, ist fraglich, handelt es sich hierbei doch um eine Erfindung der Verwaltungsbehörde, die bislang keinen Niederschlag im Gesetz gefunden hat.

Die zu erwartende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts wird auch wegweisend für weitere mögliche Verbote sein. Schließlich hat Faeser weitere Publikationen und Vereine im Visier, wie Verfassungsschützer bereits vertraulich erklärten. Sollte das Verbot im Hauptsacheverfahren bestätigt werden, dürfte Faeser ihre Agenda munter weiterverfolgen und mit dem nächsten Verbot aufwarten lassen. Ganz oben auf ihrer Verbotsliste steht die als »größte rechtsextreme Kulturvereinigung« bezeichnete Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), auch wenn sie niemals strafrechtlich auffällig wurde und noch nie eine »kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber elementaren Verfassungsgrundsätzen« eingenommen hat, geschweige denn im gesprochenen oder geschriebenen Wort die Menschenwürde anderer verletzt oder gar den Staat »delegitimiert« hat! Die Richter in blutroter Robe in Leipzig tragen daher eine besondere Verantwortung, da ihre Entscheidung zukunftsweisend in puncto Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland sein wird. ■

Deutschland wieder der »kranke Mann Europas«?

Die Bilanz ist desaströs. Die deutsche Wirtschaft schrumpft das zweite Jahr in Folge. Und wegen der Konjunkturflaute gibt es zwangsläufig immer mehr Firmenpleiten in Deutschland: Wie aus einer Studie des Kreditversicherers Allianz Trade hervorgeht, dürfte die Zahl der Insolvenzen im laufenden Jahr um 25 Prozent (!) auf rund 22.200 emporschnellen. Eine Besserung ist nicht in Sicht: Für 2025 hat Allianz Trade einen Anstieg um vier Prozent auf 23.000 Insolvenzen vorhergesagt. Stefan Wolf, der Chef des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, warnte unlängst, daß 300.000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie wegzufallen drohten, und führte den sich ankündigenden Arbeitsplatzabbau auf eine gänzlich verfehlte Bundespolitik zurück.

Die Lage spitzt sich zu besonders in der Automobilindustrie, dem bedeutendsten Industriezweig in Deutschland. Am 2. Oktober meldete der *Norddeutsche Rundfunk* beispielsweise, daß die insgesamt 150 Automobilzulieferer in Niedersachsen extrem unter Druck stehen würden; die Auftragsbücher seien leer, 100.000 Arbeitsplätze stünden auf der Kippe. Daher fordere der Arbeitgeberverband, daß das Verbrennerverbot 2035 zurückgenommen wird. Bei der Automobilindustrie denkt man in erster Linie an Baden-Württemberg, wo jeder vierte Arbeitsplatz in der deutschen Fahrzeugindustrie angesiedelt ist. Dort haben die beiden bedeutendsten Autozulieferer Bosch und ZF Friedrichshafen massive Sparmaßnahmen, darunter eine empfindliche Reduzierung des Personals, angekündigt. Einer umfassenden Umstrukturierung von ZF könnten bis 2028 bis zu 14.000 Arbeitsplätze in Deutschland zum Opfer fallen.

Womit kämpfen viele Unternehmen? Woran hapert es gewaltig? Ein Fünftel der deutschen Industriewertschöpfung ist mittelfristig gefährdet – vor allem durch hohe Energiekosten (in Europa liegt Deutschland mittlerweile an Platz eins der Preise für Elektrizität, mit durchschnittlich 41 Cent pro Kilowattstunde), durch eine überbordende, z.T. überflüssige Bürokratie, durch sinkende Wettbewerbsfähigkeit, durch schrumpfende Märkte für bisherige deutsche Kerntechnologien, durch fällige Krediten, etwa aus der Coronazeit, und nicht zuletzt durch höhere Löhne im Vergleich zu anderen EU-Staaten und eine zu hohe Steuerbelastung.

Die Ursache sehen sie nicht bei sich

Was sagen die beiden Hauptprotagonisten der »Großen Transformation«, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Bundeskanzler Olaf Scholz, zum gegenwärtigen Mißstand der Wirtschaft? Sind sich die beiden Politiker überhaupt dessen bewußt, was sie seit Beginn ihrer Ampelkoalition im Bereich der Wirtschaft angestellt haben? Man darf es bezweifeln. Am 8. Oktober lobte sich Habeck, der für 2024 noch mit einer Wachstumsrate von 1,3 Prozent gerechnet hatte, als Wunder-Mann der Wirtschaft und behauptete – man lasse seine Worte auf der Zunge zergehen:

»Ich glaube, wir haben im Wirtschaftsministerium so viele Gesetze, Verordnungen, europäische Verordnungen und so weiter umgesetzt, um das ganze Land

Eigenlob und heilloser Optimismus – noch. Die Wirtschaftspolitik wird wohl eines der wichtigsten Schlachtfelder des Bundeswahlkampfes 2025 sein.



wieder in Fahrt zu bringen, wie – ich behaupte jetzt mal frech, ohne das nachgelesen zu haben – kein anderer Wirtschaftsminister zuvor.«

Das sind zweifellos Worte am Rande des Größenwahns. Daß Unternehmen weniger Bürokratie und weniger Verordnungen wünschen, und nicht mehr – das paßt wohl gar nicht ins Weltbild des Robert Habeck: Je mehr Vorschriften und Regularien, desto besser für Wirtschaft und Menschen.

Einen ebenso rosaroten Blick auf die Wirtschaft wirft Bundeskanzler Scholz. Beim Jahresempfang des Diplomatischen Corps im Kanzleramt am 10. September meinte er:

Trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen der vergangenen Jahre befinde sich Deutschland nicht in einer Rezession, sondern man habe vielmehr die Weichen gestellt, »daß Deutschland als Industrieland erfolgreich bleibt. Deutschland bleibt ein wachsendes Land. Deutschland bleibt »open for business. Deutschland bleibt ein Global Player, und zwar aus Überzeugung.«

Unrealistische Zuversicht? Heilloser Optimismus? Man jammere, so Scholz, im Vergleich zu Drittwelt-Ländern auf hohem Niveau (sic). Scholz erwähnte aber mit keinem Wort, daß die Industrieproduktion in Deutschland in den letzten vier Jahren um 12,5 % gesunken ist und dass es im Lande eindeutig ein strukturelles Problem gibt. Ebenso schwieg er darüber, daß die von allen Unternehmen beklagte Bürokratie trotz ständig betauerter Abbaumaßnahmen weiter wächst.

Immerhin mußte Habeck eingestehen: »Wir kommen in einem schwierigen geopolitischen Umfeld langsamer aus der Krise heraus als gedacht«. Geopolitisches Umfeld? Damit wird er wohl die gegen Rußland eingeleiteten Maßnahmen (Verzicht auf russischen Gas, Exportverbot nach Rußland) und den rückläufigen Außenhandel mit China gemeint haben.

Während Deutschland in die Rezession gerutscht ist, läuft die Konjunktur anderswo in Europa besser. In diesem Jahr ist Deutschland erneut das Schlußlicht unter den 20 Euro-Staaten; unter den 27 EU-Staaten wächst nur Schweden noch weniger. Deutschlands einstiges erfolgreiches Wirtschaftsmodell ist völlig aus der Balance und offensichtlich für den Wandel der Zeit, sprich für die derzeitigen raschen wirtschaftlichen Veränderungen, nicht geeignet. ■

Tegel – wie typisch

In unserem letzten Beitrag ging es um die dramatische Lage Wirtschaftsstandorts Deutschlands. Bürokratie, Energie und Rohstoffe sowie Digitalisierung als die größten Schwächen hingestellt; ein chronischer Investitionsmangel wird ebenfalls angeprangert. Der Fall Tegel ist hierzu typisch

Nach der Schließung des zivilen Teils des Flughafens Berlin-Tegel im Jahre 2020 sollte auf dem Flugfeld ein Forschungs- und Industriepark für urbane Technologien entstehen – mit 1000 Firmen und 20.000 Arbeitsplätzen. Dieser bombastische Industriepark hatte auch schon einen Namen: »Urban Tech Republic«. Der Berliner Senat warb euphorisch mit den Worten: »Das Großprojekt Berlin TXL wird als neuer Stadtteil zum Leuchtturm für Nachhaltigkeit. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Anforderungen werden hier zusammen in Einklang gebracht. Visionäre Konzepte in den Bereichen Mobilität, Energie und Bauen werden in dem Modellquartier in verschiedenen Teilprojekten umgesetzt.«

Jetzt steht dort stattdessen das größte Flüchtlings- und MigrantInnenlager Europas, das im Auftrag des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAS) vom Deutschen Roten Kreuz betrieben wird. Fast 500 Millionen Euro Steuergelder kostet das Camp – pro Jahr. Das sind pro Bewohner bis zu 250 Euro – pro Tag. Dafür könnte man jeden Einzelnen in einem Luxus-Hotel unterbringen, hat die *Bildzeitung* (26.9.24) berechnet. Rund 5000 oder gar mehr (Berlins Regierender Bürgermeister Wegner, der es wissen muß, spricht von 7000) Geflüchtete leben dort inzwischen in 45 Leichtbauhallen, die von oben aussehen wie Zelte, 8000 Bewohner sollen es werden. Oder gar mehr, denn Mitte Oktober erklärte Wegner, daß die große Notunterkunft für Geflüchtete in Tegel womöglich erweitert werden muß, daß selbst 8000 Plätze dort nicht reichen werden angesichts der Tatsache, daß jeden Tag massenhaft neue MigrantInnen nach Berlin kommen und die anderen Asylbewerberheime längst überfüllt sind.

Berlin hat sich zudem als sogenannter »sicherer Hafen« eintragen lassen. In der Erklärung steht: »Wir heißen geflüchtete Menschen willkommen – und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen. Gemeinsam bilden wir eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik.« Wegner beklagte nun: »Wenn ich sage, wir haben die Belastungsgrenze erreicht in Teilbereichen, würde ich mittlerweile auch schon von einer Überforderung sprechen. Und das geht nicht nur Berlin so.« (Quelle: *jungefreiheit.de*, 17.10.24)

Im übrigen hat die *Berliner Zeitung* in Erfahrung gebracht, daß Berlin 2022 für die Sicherheit in den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten 58 Millionen Euro an Sicherheitsfirmen auszahlte (4,8 Millionen pro Monat). 2023 waren es 94 Millionen Euro (7,8 Millionen pro Monat), für 2024 waren es bis Ende September 2024 bereits 71 Millionen. Indes laufen Nachbarn der Asylunterkunft Tegel Sturm und beschwerten sich über Müll, Drogen, Fäkalien und Lärm. Vermüllte Flächen würden sich wie Metastasen ausbreiten. ■

Kurzmeldungen

Unwort Remigration? Nicht nur im Thüringer Landtag lassen die Systemparteien ihre demokratische Maske fallen, sondern auch im Stadtrat von Dortmund. Dort beantragte das AfD-Ratsmitglied Matthias Helferich eine Remigrationsoffensive für die in der Stadt lebenden Syrer. Dabei bezog er sich auf ein Grundsatzurteil des Obergerverwaltungsgerichts Münster, wonach in Syrien »keine ernsthafte individuelle Bedrohung« mehr bestehe. Uwe Waßmann von der CDU verglich diesen Antrag prompt mit der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten. Auch Rufe wie »Halt endlich die Fresse« sollen während der Vorstellung des Antrags gefallen sein. Als sich Helferich über diese Entgleisungen empörte, kassierte er von SPD-Oberbürgermeister Thomas Westphal zunächst einen Ordnungsruf und wurde anschließend sogar des Saales verwiesen. Die AfD-Fraktion verließ daraufhin geschlossen und von Sicherheitskräften begleitet die Ratssitzung. Gegenüber der Presse sagte Matthias Helferich, der auch dem Bundestag angehört: »Die Dortmunder Kooperationspartnerschaft aus CDU und Grünen läßt erahnen, was uns blüht, wenn diese Parteien unter Kanzler Friedrich Merz auf Bundesebene zusammenkommen: kontrollierte Massenzuwanderung statt konsequenter Remigration. Während Merz im Bundestag die Migrationswende fordert, arbeitet man auf Stadtratschene weiter fleißig mit den Grünen an der Multikulturalisierung unserer Heimat.« (Quelle: *ruhr24.de*)

Staatsschutz ermittelt wegen Plakataktion. Gut eine Woche nach dem islamistischen Messeranschlag von Solingen und einen Tag nach der offiziellen Trauerfeier für die Opfer wurden in der Stadt migrationskritische Plakate mit der Aufschrift »Klingenstadt Solingen. Zentrum der Messermigration« verklebt. Die Stadt bezeichnete die Plakate als »Volksverhetzung«, und der Staatsschutz hat entsprechende Ermittlungen aufgenommen. Die Plakate, die auch die Logos der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Bundesregierung enthalten, sind im Stil eines mit roter Farbe gesprenkelten, wie mit Blut beschmiert aussehenden Ortschildes gehalten. Sie enthalten auch die Logos der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Bundesregierung. Dadurch wird der Anschein erweckt, es handele sich um ein amtliches Plakat. Die rechte Aktionsgruppe »Revolte Rheinland«, offenbar eine Nachfolgeorganisation der sogenannten »Identitären Bewegung«, teilte indes auf verschiedenen sozialen Medien Bilder, die Personen beim Verkleben der Plakate zeigen sollen: »Wieder ein islamistisches Attentat und wieder drei deutsche Opfer als Folge der Masseneinwanderung der vergangenen Jahre«, heißt es im dazugehörigen Text. Die Gruppe habe die Gruppe »auf den Zusammenhang zwischen den zunehmenden Messerattacken und der gescheiterten multikulturellen Gesellschaft« aufmerksam machen wollen. (Quelle: *WDR, spiegel.de* u. *jungefreiheit.de*, 3.9.24)

Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft? Gemeinsam mit BKA-Präsident Holger Münch hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 5.9. das Bundeslagebild »Organisierte Kriminalität« vorgestellt. Demnach sei die Kriminalität

in Deutschland explodiert, besonders auch im Bereich der Organisierten Kriminalität. Es gebe mehr Verfahren (642) und mehr Tatverdächtige (7347) als im Vorjahr, der entstandene Schaden habe sich auf mehr als 2,7 Milliarden Euro verdoppelt. Dem BKA zufolge seien mehr als zwei Drittel der organisierten Kriminellen Ausländer. 57,8 Prozent der Tatverdächtigen hätten keinen deutschen Paß, weitere 9,7 Prozent ungeklärte Staatsbürgerschaften oder seien staatenlos. Das heißt: Mehr als zwei Drittel der Tatverdächtigen in der Organisierten Kriminalität sind Ausländer, ein Anstieg um 9 Prozent binnen eines Jahres. Besonders dramatisch: Die Zahl der syrischen Banden in der Organisierten Kriminalität hat sich gegenüber dem Vorjahr von 18 auf 30 nahezu verdoppelt! Nichtsdestotrotz meint Faeser: »Unsere harte Gangart hat Erfolg und ist absolut notwendig.« (Quelle: u.a. *nius.de*, 6.9.24)

Wirklich »harte Gangart«? Am 7.9. wunderte sich die *Bild-Zeitung*: »Sie dürften gar nicht hier sein: So viele Syrer und Afghanen sitzen bei uns im Knast. In deutschen Gefängnissen sitzen mindestens 400 afghanische Straftäter. Aus Syrien stammen mindestens 350 ausreisepflichtige Straftäter in unseren Gefängnissen. Mindestens, denn: Das bevölkerungsreichste Land NRW machte keine Angabe zur Zahl der Straftäter in seinen Gefängnissen. Somit sind syrische und afghanische Straftäter aus NRW nicht mitgezählt.« Laut dem sächsischen Innenministerium hat die Bundesregierung am 30.8. von Leipzig aus 28 afghanische Straftäter ausfliegen lassen, und zwar mit Hilfe eines Charterjets von Qatar Airways. Den Angaben zufolge erhielt jeder Abgeschobene vor dem Flug 1000 Euro Handgeld. Wohlgemerkt: Die Bundesländer Hessen, Niedersachsen, Bayern und Sachsen hatten zur Abschiebung Ende August nach Afghanistan knapp 200 Straftäter vorgeschlagen. Um sämtliche afghanischen und syrischen Straftäter in ihre Heimat zu bringen, wären demnach mindestens 27 Abschiebeflüge mit je 28 Straftätern (wie am 30. August) nötig. Um bis zur nächsten Bundestagswahl (geplant: 28. September 2025) alle herauszuschaffen, müßte die Ampel alle zwei Wochen eine Sammelabschiebung durchführen. (u.a. *tagesschau.de*, 31.8.24)

Anton Hofreiter erwägt zur Not die Sperrung von »X«. Nach dem Messeranschlag von Solingen, den Schüssen vor dem israelischen Generalkonsulat in München und



angesichts der allgemeinen Radikalisierung im Netz fordert der Grünen-Politiker ein entschiedeneres Vorgehen gegen »Plattformen, die sich der Durchsetzung von Recht und Gesetz« verweigerten. Dabei meint er auch die Plattform des US-Unternehmers Elon Musk »X« (früher »Twitter«), die sich nicht immer »an die Regeln« halte. Im Fokus stehe ebenfalls die Plattform »Telegram«, deren Gründer Pawel Durow Ende August in Paris festgenommen wurde. Die französischen Ermittler beschuldigten ihn, durch sein Unterlassen bei Telegram und mangelnde Kooperation mit den Behörden Beihilfe zu Drogenhandel, Geldwäsche, Betrug und mehreren mit Kindesmißbrauch verbundenen Vergehen geleistet zu haben. (Quelle u.a. *merkur.de*, *tagesspiegel.de*, 7.9.24)

Die Diskussionen um Sprachprobleme in der Schule reißen nicht ab – nicht nur in Deutschland. Für 70 Prozent der Wiener Schüler ist Deutsch nicht die Alltagssprache. Zum Schulstart hat die *Kronen Zeitung* vor dem Hintergrund einer unerlässlich gewordenen Sprachförderung einen Bericht über das »bildungstechnische Kriegsgebiet« Brennpunktschule Alxingergasse, wo in der 1B-Klasse beispielsweise kein einziges Kind mit deutscher Muttersprache sitzt. Fremdsprachige Eltern bringen ihre Kinder (auch ohne Deutschkenntnisse) zum Unterricht; meist müssen Lehrerkollegen mit Migrationshintergrund anderen Eltern oder sogar per Handy übersetzen, etwa in welche Klasse das Kind gehört oder ob es überhaupt angemeldet ist. Und was macht Martin Polaschek, seit 2021 amtierender Minister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, um dem Kollaps des Bildungssystems vorzubeugen? Er verteilt Pixi-Bücher über Archäologen und Nobelpreisträger, obwohl »gerade aus dieser Klasse maximal eine Handvoll Kinder die Gymnasium-Reife schaffen wird, wenn überhaupt«. (*kronen.at*, 2.9.24)



Martin Polaschek

Impflicht für Pflegepersonal verfassungswidrig? Nach der Vernehmung des RKI-Präsidenten Lars Schaade sieht das VG Osnabrück das BVerfG in Sachen Corona-Impfpflicht für Pflegepersonal erneut am Zug. Damit hat zum ersten Mal ein Gericht festgestellt, daß die einrichtungsbezogene Impfpflicht in der Corona-Zeit vermutlich verfassungswidrig war! Die Klägerin war 2022 im Christlichen Krankenhaus Quakenbrück angestellt gewesen. Sie wurde damals vom Landkreis Osnabrück aufgefordert, einen Nachweis über ihre Immunität vorzuweisen. Die Behörde berief sich auf Paragraph 20a des damals geltenden Infektionsgesetzes. Als die Pflegehelferin den Nachweis schuldig blieb, wurde ihr im November 2022 verboten, ihrer Tätigkeit weiter nachzugehen. Bei der Verhandlung vor dem Osnabrücker Landgericht ging es um die Frage, ob der Paragraph 20a in seiner damaligen Form mit dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und dem Grundrecht auf Berufsfreiheit in Einklang stand. Dies soll nun an höchster Stelle geklärt werden. Die Kammer werde das Verfahren nunmehr dem Bundesverfassungsgericht vorlegen, so das Verwaltungsgericht mit. (Quelle: u.a. *Berliner-Zeitung.de*, 3.9.24)

E-Impfpaß in Österreich. Am 30. September wurde der elektronische Impfpaß in Österreich flächendeckend – und ohne Möglichkeit zur Abmeldung – eingeführt. Kritiker fürchten eine totale Kontrolle – vor allem in Kombination mit der geplanten »digitalen Geldbörse« der EU. Bei einer Pressekonferenz des Vereins »Wir EMUs« in Linz unter dem Motto »Neuer E-Impfpass als digitale Fußfessel?« äußerten sich Politiker und Fachleute zu dieser Causa. Der Corona-Impfkritiker, Arzt und Universitätsdozent Dr. Hannes Strasser nannte es bezeichnend, daß ausgerechnet nur vier Impfungen in besagtem Paß einzutragen seien, nämlich die Affenpocken-, Corona-, Grippe- und HPV-Impfung. Außerdem bestehe so die »totale Impfkontrolle«, wobei Politiker regierender Parteien Einsicht in die Daten hätten. Ferner seien Voraussetzungen für weitere Zwangsmaßnahmen geschaffen worden. Auch der Gründer der im oberösterreichischen Landtag vertretenen impfkritischen Partei MFG

(Menschen – Freiheit – Grundrechte), Rechtsanwalt Dr. Michael Brunner, sowie der ehemalige Präsident des Thüringer Landeskriminalamts, Uwe Kranz, kritisierten den elektronischen Impfpaß. (Quelle: *AUFI*)

Pädo-Petition im Bundestag. Eine Petition des mehrfach vorbestraften Pädophilen Dieter Giesecking gelangte Ende September im Deutschen Bundestag zur Abstimmung. Das Ziel der Petition: Unter dem Deckmantel der »Kinderrechte« soll das Recht auf einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen im Grundgesetz verankert werden. Zwar wurde die Petition als »nicht empfohlen« abgelehnt, doch Kritiker schlagen aufgrund dieses beispiellosen Vorgangs Alarm. Denn Gieseckings Ansuchen hätte aufgrund mangelnder Unterstützung – er konnte dafür lediglich 37 Unterschriften sammeln – niemals zugelassen werden dürfen. Vom fragwürdigen Inhalt ganz zu schweigen! Giesecking selbst feierte den Vorgang auf seinem Blog jedenfalls als Erfolg. In seinem Kommentar schreibt er: »Nach Abschluß dieses Petitionsverfahrens kündigen wir schon jetzt weitere Petitionen zu themenrelevanten Gebieten an. Das Thema der Pädophilie/Pädosexualität muß ständig in der politischen Debatte sein. Denn die Grund- und Menschenrechte dieser sexuellen Minderheit werden immer mehr eingeschränkt. Die neue Generation von pädophil-liebenden Menschen wächst gerade heran.« (Quelle: *RBB*)

Regenbogenfahne verboten. In Neubrandenburg, der drittgrößten Stadt Mecklenburg-Vorpommerns, hat die Stadtvertretung entschieden, daß die Regenbogenfahne nicht mehr an den drei Masten auf dem Vorplatz vor dem Bahnhofsgebäude gehißt werden darf. Begründet wurde das Verbot unter anderem mit der Vermeidung von Straftaten. Die Flagge war in der Vergangenheit wiederholt entwendet und in zwei Fällen durch verfassungswidrige Flaggen mit Hakenkreuz-Symbol ersetzt worden. AfD und BSW/BfN stimmten für das Verbot. Neunbrandenburgs Bürgermeister, Silvio Witt, der ein LGBTQ-Aktivist ist, kündigte daraufhin überraschend seinen Rücktritt an. Aus Protest gegen den Beschluß der Stadtvertretung, daß am Bahnhof keine Regenbogenflagge mehr wehen darf, rief der Verein QueerNB die Neubrandenburger dazu auf, solche Fahnen an Fenstern und Balkons aufzuhängen. (Quelle: u.a. *njus.de*, 11.10.24)

Alle Männer werden ab jetzt als Frauen angesprochen! Laut einer Verwaltungsvorschrift zur Ansprache seiner Mitarbeiter werden auf Initiative des CDU-Landrats Marco Prietz im niedersächsischen Landkreis Rotenburg (Wümme) ab Oktober auch Männer als Frauen angesprochen – angeblich wegen einer besseren Lesbarkeit! Aus einem »Dezernenten« soll nun eine »Dezerntin«, und der Landrat ist jetzt eine »Landrätin«. Es würden nur noch weibliche Dienstbezeichnungen gelten, bekräftigte eine Landkreissprecherin. In der neuen Fassung der Vorschrift zum Sprachgebrauch im Dienstalltag werde das generische Maskulinum (also z.B. Mitarbeiter) durch das Femininum (jetzt: Mitarbeiterinnen) zur Anwendung gebracht. Da es sich um einen internen Verwaltungsvorgang handelt, muß der Kreistag den neuen Dienstvorschriften nicht mehr zustimmen. Die Dienstanweisung des Landrats sei bindend. (Quelle: *jungefreiheit.de*, 6.9.24)

Diskriminierung zulasten von Deutschen. Neuer Unsinn aus den Reihen der Ampel: Die Planungsgruppe der SPD-Fraktion hat einen Entwurf für das geplante Partizipationsgesetz erarbeitet. Darin plant die SPD eine verbindliche »Quote von Personen mit Migrationsgeschichte oder Diskriminierungserfahrung bei Bundesgerichten und Behörden« – außerdem in Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist. Der Entwurf des neuen Gesetzes »zur Partizipation der Einwanderungsgesellschaft« soll noch vor Weihnachten vorliegen. Der bekannte Staatsrechtler Christian Hillgruber hält das Vorhaben »schon im Ansatz für verfehlt«. »Wir brauchen eine leistungsfähige Bundesverwaltung und keine, in die nach dem Geschlechterproporz nun auch noch der Migrationsproporz einzieht.« Er befürchtet vielmehr eine »umgekehrte Diskriminierung zulasten von Deutschen ohne Migrationshintergrund«. Für viele erweckt solche politische Ziele den Eindruck einer Bevorzugung von Migranten. (Quelle: u.a. *focus.de* u. *jungefreiheit.de*, 1.10.24)

Empfehlung gegen die ›deutschtümelnde‹ Jugend. In einem Interview im Deutschlandfunk mit der Schriftstellerin Grit Poppe und ihrem Sohn, dem Historiker Niklas Poppe, heißt es, daß »mangelnde Bildung« und Empathie in Brandenburg für die hohen Zustimmungswerte der AfD verantwortlich seien! Da die Jugendlichen auf dem Land mehr »Langeweile als in der Stadt« hätten, seien sie »dann auch empfänglicher für solche Botschaften, die von der AfD da gestreut werden«. Diese Bereitschaft hänge auch mit einer gewissen »Ostalgie, die jetzt auch bei den Jugendlichen offenbar ankommt«, zusammen. Um dem entgegenzuwirken, empfehlen die Poppes, daß Flüchtlinge in die Schulen kommen, um den »Ostdeutschen etwas beizubringen«. (Quelle: *apollo-news.net*, 24.9.24)

Standfester Wirt. Am 7. September fand in einer Gaststätte in Sönnebüll bei Husum ein AfD-Bürgerdialog mit rund 80 Besuchern statt. Im Vorfeld der Veranstaltung hatten sich verschiedene Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine in Husum zu einer Kundgebung gegen den Dialog versammelt. Auf der Internetseite des AfD-Landesverbandes war einen Tag danach dennoch von einer erfolgreichen Veranstaltung mit konstruktiven Gesprächen und neu gewonnenen Mitgliedern die Rede. Im Nachgang kam es zu einem mutmaßlich linksextremistischen Angriff auf einen Mitarbeiter des Veranstaltungsortes, der durch zwei verummte, mutmaßliche Antifa-Aktivistinnen im Lokal überfallen, an einen Stuhl gefesselt und dazu gezwungen wurde, die Einnahmen des Tages an sie abzutreten. Es wird vermutet, daß die verummten Täter es offenbar gezielt auf die Einnahmen des Abends abgesehen hätten, um den Wirt einzuschüchtern. Der Wirt habe jedoch erklärt, daß er sich nicht einschüchtern lasse und solche Veranstaltungen auch in Zukunft bei ihm stattfinden könnten. (Quelle: u.a. *afd-schleswig*, 10.9.24)

DKB kündigt AfD-Politiker das Konto. Nur zwei Tage nach dem Sieg des AfD-Direktkandidaten Sascha Schlösser (50) bei der Thüringer Landtagswahl hat die Deutsche Kredit Bank (DKB) dem Politiker aus Erfurt sämtliche Konten und Kreditkarten gekündigt. Die Kündigung, so der Erfurter Stadtrat, sei ohne Angabe von Gründen erfolgt, was Spekulationen über die Motive des Geldinstituts anheizt. In

einem von Schlösser veröffentlichten Schreiben beruft sich die DKB auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die es beiden Parteien erlauben, das Vertragsverhältnis jederzeit zu kündigen. Auf Anfragen von Apollo News verweigerte die DKB aufgrund des Bankgeheimnisses eine Stellungnahme zu den genauen Hintergründen der Kündigung. (Quelle: u.a. *apollo-news.net*, 5.9.24)

Liegt ein Verstoß gegen die vom Grundgesetz (Art. 2) geschützte Vertragsfreiheit vor? Das Internet-Portal Nius berichtet, daß der Branchenverband deutscher Umfrage-Institute (Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. – ADM) bei seiner jährlichen Mitgliederversammlung im April dieses Jahres eine Satzungsänderung beschlossen habe, wonach die Mitglieder des Verbandes ausgeschlossen werden können, wenn sie etwa für die AfD oder einige ihrer Teilerorganisationen arbeiten. Mit anderen Worten: Deutsche Meinungsforscher dürfen nicht für die AfD arbeiten – mit der Folge, daß die AfD künftig keine eigenen Meinungsumfragen mehr in Auftrag geben können. Laut ADM-Geschäftsführerin Bettina Klumpe gelte dies »für jede Organisation, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz oder einer der Landesbehörden für Verfassungsschutz oder einer anderen Bundes- oder Landesbehörde als Verdachtsfall rechtskräftig festgestellt wurde oder als gesichert extremistisch eingeordnet worden ist«. (Quelle: *nius.de*, 10.9.24)

Deutsche Soldaten im Libanon. Trotz der akuten Kriegsgefahr im Libanon bleiben die deutsche Bundeswehr und das österreichische Bundesheer zunächst in der Region aktiv. Das sagten Sprecher der Verteidigungsministerien beider Länder. Dabei wurde deutlich: Ob die Soldaten das Gefahrengebiet verlassen dürfen, wird offenbar nicht in Berlin und Wien entschieden, sondern in New York. Aus Österreich hieß es: »Ein Abzug ist derzeit kein Thema und würde von der UN entschieden werden.« Ähnlich äußerte sich ein Sprecher des deutschen Verteidigungsressorts. Gegenüber *AUFI* erklärte er: »Gerade in der gegenwärtigen Lage sind wir ein verlässlicher Partner und leisten bis auf weiteres unseren Beitrag zur Erfüllung des Mandats.« Über den weiteren Verlauf der Kampfhandlungen wolle er, so wörtlich, nicht spekulieren. Widerspruch kommt vom verteidigungspolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen. Gegenüber *AUFI* forderte er die Bundesregierung auf, die deutschen Soldaten aus der Gefahrenzone abziehen: »Die deutschen Soldaten des Mandats UNIFIL, die sich zur Zeit noch im Libanon befinden, können aufgrund der Lage bereits jetzt nicht mehr ihren Auftrag erfüllen.« Auch nach Israels Einmarsch im Libanon bleiben Soldaten beider deutscher Staaten im krisengeschüttelten Staat an der Levante. (Quelle: *AUFI*)

NATO-Hauptquartier in Rostock eröffnet. Diese Nachricht sorgt für erhebliche Diskussionen, da sie als klarer Bruch des Zwei-Plus-Vier-Vertrages betrachtet wird, der die deutsche Wiedervereinigung regelt. Laut einem Bericht der *Ostsee-Zeitung* soll das neue Kommandozentrum, genannt »Command Task Force Baltic«, an das Einsatz- und Führungszentrum der deutschen Marine angegliedert werden und künftig alle Einsätze in und über der Ostsee steuern. In Artikel 5 des Zwei-Plus-Vier-Vertrages wird festgelegt, daß auf dem Gebiet der ehemaligen

Bundesverteidigungsminister Pistorius bei der Eröffnung des NATO-Hauptquartiers in Rostock



DDR keine ausländischen Streitkräfte stationiert werden dürfen. Der Vertrag besagt unmißverständlich: »Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.« Dies könnten die Stimmen in Russland stärken, die darüber nachdenken, die Anerkennung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages zurückzuziehen.

Heino besingt Zigeunerleben. Die Vertreter der politischen Korrektheit schlugen jüngst wegen des öffentlichen Verwendens des von ihnen verteufelten Wortes ›Zigeuner‹ Alarm: Denn der mittlerweile 86jährige Schlagersänger Heino hat auf dem diesjährigen Oktoberfest in München unter anderem das alte deutsche Volkslied »Lustig ist das Zigeunerleben« angestimmt. Während sich so manches bürgerliche Systemblatt verzweifelt fragte, ob Heino »das darf«, waren die rund 3500 Gäste begeistert und erwiesen sich als erstaunlich textsicher. Trotz der Aufregung in den Systemmedien stellte Heinos Management umgehend klar, daß er das Lied auch weiterhin singen werde, solange es nicht verboten sei. (Quelle: *rnd.de*)

Wieder Ärger um den Negerkuß! Im sächsischen Oederan hat eine 1918 gegründete Bäckerei-Kette ihren »Mohrenkopf« nach Rassismus-Vorwürfen umbenannt. Doch das süße Gebäck hat weiterhin für viele einen bitteren Beigeschmack: Es heißt jetzt »M-Kopf«. Manche Kunden sehen den neuen Namen als diskriminierende Abkürzung; Polit-Aktivisten werfen der Bäckerei gar Rassismus vor, obwohl seit vielen Jahren Mitarbeiter aus 20 verschiedenen Nationen dort beschäftigt sind; den Chef brandmarken sie als »weißen, privilegierten Mann«. Dazu meint der Bäckerei-Chef: »Unser Fokus liegt darauf, Genußmomente mit unserem traditionsreichen Gebäck zu schaffen und nicht auf Debatten über Gebäcknamen und Rassismus.« (Quelle: u.a. *m.bild.de*, 13.10.24)

Preußler-Familie zog Konsequenz. Seit 2013 trägt das Gymnasium in Pullach den Namen Otfried Preußlers – was manche Kreise scharf kritisierten, da der erfolgreiche Kinderbuchautor einst die Hitler-Jugend in seinem Frühwerk *Erntelager Geyer* beschönigt haben soll. Nun ging Preußlers Tochter und Testamentsvollstreckerin Susanne Preußler-Bitsch in die Offensive und zog die erst 2013 erteilte Nutzungserlaubnis zurück, sie reagiere auf einen nach ihrer Ansicht unwürdigen, rufschädigenden Umgang des Gymnasiums mit ihrem verstorbenen Vater (Bild rechts). Sie meinte: »Es wäre keinesfalls im Sinne des Namensgebers, daß eine Schule seinen Namen tragen muß, obwohl sie diesen massiv ablehnt.« (Quelle: u.a. *spiegel.de*, 22.10.24)



Otfried Preußler

Erfreulich: Starke Stimmen sind noch zu vernehmen!

»Bad Oeynhausen als Fanal: Unzählige Einzelfälle

Eine neue, grauenvolle Normalität bricht sich seit Beginn der Masseneinwanderung aus dem Orient Bahn. Gewaltverbrechen prasseln in immer kürzeren Abständen auf die Bevölkerung ein. Junge Männer, die sich ihren Raum suchen. Erobern. Und verdrängen, was sie vorfinden. Darauf hinzuweisen wird allerdings streng geahndet.« Fabian Schmidt-Ahmad, unter: *jungefreiheit.de*, 7.7.24

»Steuerrabatt nur für Ausländer: Die Einheimischen werden komplett verachtet

Endlich kommen Steuersenkungen. Allerdings nur für Ausländer, die neu ins Land strömen. Viel deutlicher kann eine Regierung nicht machen, wie sehr sie die hier schon länger Lebenden verachtet. Es ist der nächste Schlag ins Gesicht der Steuerzahler.« Henning Hoffgaard, unter: *jungefreiheit.de*, 6.7.

»Diese Kinder denken: ›Ihr könnt mir nichts, ich kann sogar jemanden umbringen‹

Diesen Kids werden in Deutschland keine Grenzen aufgezeigt. Sie wissen, daß ihnen keine Konsequenzen drohen. Also bedrohen sie Lehrer, verprügeln ihre Mitschüler und spucken vor Polizisten aus, weil sie ganz genau wissen, es kann ihnen nichts passieren.« Carsten Stahl, unter: *focus.de*, 5.7.

»Deutschland ist blind bei Muslimen

Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung liegen vor. Jetzt wissen alle, wie die Deutschen heizen. Aber die Zahl der Muslime wurde nicht erhoben. Dabei wäre das doch für alle Integrationsbemühungen entscheidend gewesen. Will die Bundesregierung es nicht wissen?« Oliver Stock, unter: *focus.de*, 8.7.24.

»Vor unseren Augen endet das Land, wie wir es kannten

Es ist ein Gefühl der Resignation, der Machtlosigkeit, das die Beziehung der Deutschen zur Migrationspolitik prägt. Vor unseren Augen endet das Land, wie wir es kannten, und uns bleibt nichts übrig, als diese Realität auszublenden oder zu akzeptieren und uns anzupassen.« Pauline Voss, unter *nius.de*, 2.7.

»Die Pflegeversicherung ist pleite. Und nicht nur sie.«

Das gesamte Sozialsystem treibt auf den Kollaps zu. Die Politik bietet keine Lösungen, sondern verschiebt das bittere Ende lediglich. Leidtragende werden unsere Kinder sein, die sich gegen die ungerechte Umverteilung nicht wehren können.« Konrad Adam, in: *tichyseinblick.de*, 13.10.24

Buchempfehlungen

Peter Orzechowski · **Der Dritte Weltkrieg in Europa**



Warum spricht Verteidigungsminister Boris Pistorius davon, daß Deutschland in 5 Jahren »kriegstüchtig« sein muß? Warum baut das US-Militär gerade in Rumänien eine Air Base, die doppelt so groß sein wird wie die in Ramstein? Und warum erklärt das Pentagon, die USA und ihre Verbündeten müßten sich auf langwierige Kriege vorbereiten? Der bekannte Autor, der sich auf eine Vielzahl von seriösen Quellen stützt, liefert einleuchtende Antworten, indem er tiefe geopolitische Einblicke in die geostrategischen Ziele und Machtspiele der USA, Russlands und anderer Akteure gewährt und aufzeigt, daß nur Deutschland als primäres Schlachtfeld in Frage kommt. (256 S., geb., € 23.-)

Michael Lüders · **Krieg ohne Ende?**



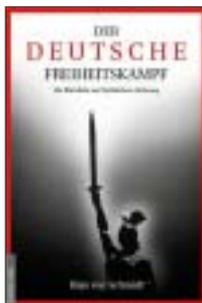
Jederzeit kann die Gewalt im Nahen Osten die gesamte Region in Brand setzen, vom Jemen bis in den Iran. Die Folgen auch für Deutschland und Europa wären fatal. Wird der Nahe Osten je zur Ruhe kommen?, fragt der Nahostexperte. Welche Zukunft haben Israelis und Palästinenser? Zum Schluß unternimmt er den Versuch, Konturen einer Lösung zu skizzieren. Ist das Zwei-Staaten-Modell noch realistisch? Oder bedarf es eines gemeinsamen, ganz neuen Gebildes? Dabei stellt er die Haltung der Bundesregierung infrage, die sich einzig auf Staatsräson beruft. Für Frieden im Nahen Osten muß Deutschland seine Haltung zu Israel ändern. (400 S., geb. € 22.-)

Thilo Sarrazin · **Deutschland auf der schiefen Bahn**



Die Geburtenarmut hält an, die Bildungsleistung sinkt, die Wachstumskräfte erlahmen, der Wohlstand steigt nicht mehr, die Infrastruktur verkommt. Millionen kulturfremder Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur Landesverteidigung. Das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands. Sarrazin entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern läßt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müßte. (300 S., geb. € 26.-)

Hajo von Schmidt · **Der deutsche Freiheitskampf**



Mit diesem Buch möchte der Autor nicht nur die Geschichte aus einer anderen Perspektive betrachten, sondern den Leser begeistern, sich auf unser gemeinsames Erbe zu besinnen. Die Herausforderungen der nächsten Zeit seien gewaltig, aber nicht bedrohlich. Für den anstehenden Wandel wurde nämlich vorgesehrt, und wir als Volk in einer Gemeinschaft müssen diesen Wandel gestalten. Für einen erfolgreichen deutschen Freiheitskampf müssen wir unser Erbe nur annehmen, und dazu benötigen wir ein echtes, unverfälschtes Bewusstsein für unsere Geschichte, unsere generationsübergreifenden Leistungen und unseren Auftrag für die Zukunft. (220 S., Pb., € 21.-)

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde der GfP,

obwohl die Einladung zum diesjährigen GfP-Kongreß im Raum Erfurt spät rausgegangen war, wofür wir um Entschuldigung bitten möchten, war die Zahl der Teilnehmer erfreulich hoch. Aus einzelnen Gesprächen ging unmißverständlich hervor, daß viele Teilnehmer mit ihrer Präsenz unser Engagement honorieren wollten. Als besonders positiv sei hervorzuheben, daß mehr als sonst jüngere und ganz junge Menschen den unmittelbaren Kontakt zur GfP gesucht und aufgrund der gemachten Erfahrungen versprochen haben, nächstes Jahr auch wieder dabei zu sein. Es dürfte aber jedem klar sein, daß ein solcher Kongreß heutzutage nur mit der Unterstützung vieler durchführbar ist. Daher mein/unser Dank an alle, die sich aktiv eingebracht haben.

Und noch eine gute Nachricht: Die neue Internet-Seite der GfP ist vor kurzem an den Start gegangen. Wir würden uns wünschen, daß unsere Mitglieder und Sympathisanten sie regelmäßig besuchen. Die Redaktion des *Freien Forums* hat sich vorgenommen, regelmäßig u.a. Denkanstöße, Buchanregungen und Kurzmeldungen zu brisanten Themen zu plazieren, die angesichts der heutigen Fülle des Zeitgeschehens aus Platzgründen leider keinen Zugang in die einzelnen Ausgaben des dreimonatlich erscheinenden Bulletins finden können.

Indes wird das Denunziantum gefördert (siehe unseren Kurzaufsatz über »Trusted Flagger«, S. 9), der krampfhaft Versuch der etablierten Parteien, ein AfD-Verbot durchzuboxen (mehr dazu in der nächsten Ausgabe des *Freien Forums*), ist im Gange, die systematische Verletzung der Menschenwürde von politischen Gegnern – das sind untrügliche Zeichen von einer systemischen Krise in der Bundesrepublik. Das erinnert mich an einen Ausspruch des großen Alexander Solschenizyn: »Typisch für ein gegen das eigene Volk gerichtetes System ist es, Kriminelle zu schonen, aber politische Gegner als Kriminelle zu behandeln.«

Für eingegangene Mitgliedsbeiträge möchten wir uns bedanken und all diejenigen, die noch keine Überweisung getätigt haben, bitten, es nachzuholen.

Ihre Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:

Beilagenhinweise:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal